

## **Antworten auf die Wahlprüfsteine vom Bund Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) anlässlich der Europawahl 2019**



---

### **Setzen sie sich dafür ein, dass in ganz Europa Vereine wie der BUND bei politischen Prozessen beteiligt und ihre Rechte nicht eingeschränkt werden?**

Wir sind davon überzeugt: Nur in einem Bündnis zwischen NGOs, Wissenschaft, verantwortlichen Unternehmen und progressiven Parteien kann es uns gelingen, den Kampf für unseren Planeten mit seiner Schöpfung gegen mächtige Lobbygruppen zu gewinnen. Es ist erschreckend, wie weltweit aber auch in Ländern der EU die Rechte der Zivilgesellschaft eingeschränkt werden. Auch deshalb hat Sven Giegold gegen die Aberkennung der Gemeinnützigkeit der Deutschen Umwelthilfe eine Online-Petition gestartet, die von 100.000 Menschen unterzeichnet wurde. Wir GRÜNE müssen uns mit aller Kraft gemeinsam gegen die Einschränkung der Rechte der kritischen Zivilgesellschaft stellen. Es muss rechtssicher geregelt werden, dass gemeinnützige Vereine an der politischen Willensbildung mitwirken dürfen. Wir wollen die Europäische Bürgerinitiative stärken, ausbauen und entbürokratisieren. Wir wollen effiziente Rechtsdurchsetzung auch gegenüber internationalen Konzernen durchsetzen. Wenn nationale Regierungen Rechte von Andersdenkenden mit Füßen treten und die Unabhängigkeit von Justiz oder Presse infrage stellen, stärken wir gezielt die demokratischen Kräfte in den betroffenen Mitgliedstaaten. Wenn autoritäre Regierungen in Mitgliedstaaten Demokratie und Rechtsstaatlichkeit durch Korruption untergraben, soll die EU-Kommission den nationalen Regierungen die Kontrolle über die EU-Gelder entziehen können.

### **Setzen Sie sich im Rahmen der EU-Agrarreform dafür ein, dass mindestens 30 Prozent der EU-Agrarzahlungen verwendet werden, um Maßnahmen für den Naturschutz zu honorieren?**

Wir GRÜNE streiten für eine konsequente Neuausrichtung der europäischen Agrarpolitik. Wir streiten für den Aufbau einer nachhaltigen Lebensmittelproduktion, die sowohl eine gesunde Ernährung sichert als auch hohen Umwelt- und Tierschutzstandards genügt, faire Preise für die Landwirt\*innen erzielt, eine vielfältige Agrarstruktur mit lebendigen ländlichen Räumen mit zukunftsfesten Betrieben fördert und nicht im Widerspruch zu den Zielen der EU in der Klima-, Verbraucher- und Entwicklungspolitik steht. Die Umsetzung dieser europäischen Agrarwende muss finanziert werden, deshalb sind wir gegen eine Senkung der EU-Mittel in diesem Bereich. Aber die Agrarzahlungen müssen an gesellschaftliche Leistungen gekoppelt werden, die positive Wirkungen für Klima-, Umwelt-, Natur- oder Tierschutz erbringen. Wir haben uns bei den Verhandlungen zur Gemeinsamen Agrarpolitik dafür ausgesprochen, diesen Umbau vollständig, bis 2027, zu vollziehen.

### **Setzen Sie sich dafür ein, dass Umweltaspekte im Pestizidzulassungsverfahren gestärkt werden?**

Das Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel muss überarbeitet werden. Dazu gehört, dass bei den Tests der aktiven Substanzen oder der fertigen Pestizide strengere Kriterien für deren Auswirkungen auf Umwelt und Gesundheit angelegt werden. In die Zulassungsanforderungen von Pflanzenschutzmitteln gehört es auch, Daten zur langfristigen Toxizität von Wirkstoffen aufzunehmen. Auch die kumulativen Effekte von Pestiziden müssen bei der Zulassung untersucht bzw. berücksichtigt werden. Das Vorsorgeprinzip muss generell gestärkt werden. Darüber hinaus sollte die Vergabe der jeweiligen Prüfaufträge an nationale Einrichtungen, die der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) oder der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) in der Regel zuarbeiteten, transparenter gestaltet werden. Alle Studien, auf die sich die Zulassungsanträge stützen, müssen öffentlich gemacht werden. Auch Nicht-Industrie-Vertreter müssen die Möglichkeit bekommen, sich in das Zulassungsverfahren einzubringen, so dass auf jeden Fall auch die gravierenden Umweltauswirkungen von Pestiziden im Zulassungsprozess Beachtung finden.

## **Setzen Sie sich für die Anhebung der EU-Ziele zu Klima und Erneuerbarer Energien ein?**

Wir GRÜNE haben sich von Anfang an für deutlich ehrgeizigere europäische Energie- und Klimaziele für 2030 stark gemacht. Es reicht nicht aus die Dekarbonisierung für 2050 ins Auge zu fassen. Entscheidende Schritte zur klimafreundlichen Transformation der europäischen Wirtschaft müssen jetzt getan werden. Dazu gehört der europäische Ausstieg aus der Kohlenutzung sowie eine umfassende Mobilitäts- und Agrarwende. Die Zukunft muss auf der effizienten und sparsamen Nutzung Erneuerbarer Energien basieren.

## **Setzen Sie sich dafür ein, dass die EU-Verkehrspolitik bevorzugt in die Schiene statt in die Straße investiert?**

Wir möchten in Europa eine Mobilität, die klimaneutral, kostengünstig und für alle nutzbar ist und Umwelt und Gesundheit schützt. Europa muss das Zukunftsprojekt Mobilität gestalten. Während man in Europa relativ einfach mit dem Auto über Grenzen fährt, müssen im Schienenverkehr oftmals Loks, Personal und Stromnetz gewechselt werden. Das kostet nicht nur Zeit, sondern macht den Zugverkehr insgesamt unattraktiver. Ein gemeinsames Verkehrsnetz braucht gemeinsame Standards. Um die grüne europäische Mobilität zu fördern, muss Europa auf der Schiene noch mehr zusammenwachsen. Anstatt vorrangig milliardenschwere Großprojekte, wie Stuttgart 21, mit wenig europäischem Nutzen zu finanzieren, müssen europäische Fördermittel gezielt für bestehende und fehlende Abschnitte eingesetzt werden. Das europäische Eisenbahnnetz ist noch immer ein Flickenteppich mit zahlreichen Lücken an den nationalen Grenzen. Das 2016 erstmals aufgelegte europäische Lückenschlussprogramm ist ein grüner Erfolg, der deutliche Verbesserungen schafft. Aber schon jetzt wird deutlich, dass die Nachfrage das Programm überfordert. Deswegen fordern wir eine Verdoppelung der Mittel. Außerdem wollen wir faire Wettbewerbsbedingungen für alle Verkehrsträger. Während jeder Zug auf jedem Streckenkilometer Trassengebühren bezahlen muss, ist nur knapp ein Prozent des Straßennetzes mautpflichtig. Wir wollen alle LKW ab 3,5 Tonnen und schrittweise das gesamte Straßennetz in die LKW-Maut einbeziehen. Das ist verursachergerecht, denn ein einziger vollbeladener 40-Tonner verschleißt Straßen und Brücken so stark wie mehrere 10.000 PKW. Das schont das Klima und senkt die Belastung durch Schadstoffe. Dafür werden wir uns weiter einsetzen.